

Die "Vorzeit" erscheint wöchentlich am Sonntag und Montag...

Die achtspaltige Anzeigenzeile über dem Rand kostet 2,- M. einschließlich...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Wahlerfolge in Ostachsen

Wir marschieren!

Wieder einmal hat es sich erwiesen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Massenpartei des revolutionären Proletariats ist...

Bei der Stadtverordnetenwahl in Pirna in Sachsen am Sonntag erhielten Stimmen: U.S.P. 2709 (bei der Landtagswahl 1333), Rechtssozialisten 675 (995), R.A.P.D. 622 (760), Einheitsverband der Kriegsgeschädigten 379 (-), Demokraten 1216 (798), Wirtschaftliche Vereinigung 2760 (auf der Liste der Rechtsparteien 3589)...

Zu gleicher Zeit fanden in Ostachsen in verschiedenen anderen Orten Gemeinderatswahlen statt, die ebenfalls recht interessante Resultate zeitigten...

U.S.P. zwei Sitze inne. In Neugruppa erhielt die U.S.P. 4 und die Bürgerlichen 2 Sitze. In U.S.P. war in dem letzten Gemeinderat nicht vertreten. In Kleinriedlich erhielten die U.S.P. 4, die bürgerlichen Parteien 4 Sitze.

Unsere ostächsischen Genossen haben gut gearbeitet. Uns Preußen bleibt jetzt nur übrig, es ihnen bei den bevorstehenden Landtagswahlen nachzumachen. Die Unabhängige Sozialdemokratie will nicht aus parteiegoistischen Gründen die Arbeiter auf ihrem Boden sammeln, sie kommt ihnen auch nicht mit Einheitsparolen, die sich nicht verwirklichen lassen, solange nicht die Vorbedingungen dazu gegeben sind...

Die ostächsischen Arbeiter haben sich bei den Gemeinderatswahlen in ihrer Masse für die Unabhängige Sozialdemokratie, also für den grundsätzlichen Sozialismus, für den proletarischen Klassenkampf, für die soziale Revolution entschieden. Am 20. Februar müssen die Arbeiter Preußens dieselbe Entscheidung fällen!

Die Schweiz gegen die 21 Bedingungen

Von Robert Grimm, Bern

Zweimal hatte die Schweizerische Sozialdemokratie über den Beitritt zur kommunistischen Internationale zu entscheiden, zweimal hat sie den Beitritt mit wuchtigem Mehr abgelehnt. Im Sommer 1919 beschloß der Basler Parteitag den vorbehaltlosen Beitritt, in der nachfolgenden Urabstimmung der Sektionen wurde dieser Beschluß mit 14 162 gegen 8722 Stimmen abgelehnt. Die Verneinung des Anschlusses erfolgte weder aus Feindschaft gegen Sowjetrußland noch aus einem prinzipiellen Gegensatz zu den Zielen der "dritten" Internationale...

Die Anschlußbewegung wurde noch vor dem zweiten Moskauer Kongreß wieder aufgenommen. Mit zwei Stimmen Mehrheit stellte jetzt der Parteivorstand den Antrag auf Beitritt, aber unter ausdrücklicher Wahrung der taktischen Selbständigkeit der Partei, soweit sie durch die Verschiedenheit der Verhältnisse von Land zu Land bedingt ist. Mitten in diese Bewegung hinein und noch bevor der Parteitag Gelegenheit gehabt hatte, den Antrag zu beraten, fielen die 21 Bedingungen. Nun änderte der Parteivorstand seine Stellungnahme. Jetzt wäre die Erklärung, daß der Beitritt zur dritten Internationale kein Hindernis für die Berücksichtigung der objektiven Kampfbedingungen eines jeden Landes sei, eine Heuchelei gewesen und eine Unehrlichkeit obendrein...

Inzwischen hatte der neukommunistische Flügel eine Sonderorganisation innerhalb der Partei gegründet. Im ersten Augenblick wirkten die 21 Bedingungen auf ihn wie eine kalte Dusche. Nicht wenige der neukommunistischen Propagandisten waren rechtschaffen empört über so viel Verstandlosigkeit Moskaus, indes es nach außen die Tapferkeit herauszustellen galt. Wie Stöcker in Deutschland, so mochten die Neukommunisten der Schweiz gedacht haben, die 21 Bedingungen ließen sich nach Bedürfnis und Willkür biegen und dehnen, und der leichte Händedruck, der im fernem Osten zwischen Sinowjew und Enver Pascha gewechselt wurde, mochte dieser Auffassung am Ende nicht unrecht geben. Jedemfalls war die sogenannte Parteilinke nach Überwindung des ersten Schreckens plötzlich begeisterte Anhängerin der 21 Bedingungen, erklärte sie als das Mindestmaß des absolut Notwendigen und warb auf ihrer Grundfläche für den Beitritt und für die Ablehnung der Anträge der Parteileitung.

Im vorigen Dezember trat der Parteitag in Bern zusammen. Sein Verlauf ist bekannt. Mit dem gleichen prozentualen Stimmenverhältnis wie die Urabstimmung 1919, mit 350 gegen 213 Stimmen, lehnte er die 21 Bedingungen und damit vorläufig den Beitritt zur dritten Internationale ab.

Der Entscheid des Parteitages war nicht endgültig. Die Schweizerische Sozialdemokratie kennt das fakultative Referendum. Die Parteimitglieder selbst haben in letzter Instanz das Wort. Der Kampf wuchtete jetzt in die Partisektionen zurück und die Wogen der Leidenschaft gingen diesmal höher als im Jahre 1919. Damals handelte es sich um die Anschlußfrage allein, jetzt, gemäß den Beschlüssen des Moskauer Kongresses, um den Beitritt und um die Spaltung der Partei. Denn nach ihrer Niederlage auf dem Parteitag vollzogen die Neukommunisten theatralisch den Exodus und kündeten offiziell die Spaltung an, die sie bis dahin heuchlerisch geleugnet hatten.

Nun ist auch die zweite Urabstimmung vorbei. Ihr Ergebnis bedeutet eine eklatante Niederlage der Neukommunisten. Die Schweizerische Partei zählt in 685 Sektionen rund 54 000 Mitglieder. Davon haben sich 600 Sektionen (87 Prozent) und 34 974 Mitglieder (64,9 Prozent) an der Abstimmung beteiligt. Gegen den Beitritt auf Grund der 21 Bedingungen stimmten 25 475 Mitglieder (73 Prozent), für den Beitritt 8777 Mitglieder (25 Prozent).

Die Anhänger des Beitritts haben ihre Stimmenzahl gegenüber 1919 nur um einige Duzend zu vermehren vermocht. Vor einem Jahre brauchten sie es auf 8722 Stimmen, jetzt auf 8777, während die Stimmenzahl der Beitrittsgegner von 14 612 auf 25 475 emporstiege.

Dieses Gesamtbild wäre unvollständig, würde man nicht einige lokale Ergebnisse berücksichtigen. Die Neukommunisten wählten sich in vier Kantonen in früherer Mehrheit. Basel, Zürich, Schaffhausen und Gené sollten die Hochburgen der neuen Partei bilden. Nur Basel und Schaffhausen ergaben indes eine Mehrheit für den Beitritt. Dabei spielt Schaffhausen eine untergeordnete Rolle, und in Basel, wo die neukommunistische Zentrale geistig und materiell verankert ist, stehen 1528 Anschlußfreunden 948 Beitrittsgegner gegenüber, also ein Verhältnis von drei Fünftel zu zwei

Das Ergebnis der Pariser Konferenz

Paris, 29. Januar.

Heute abend ist folgendes offizielle Kommuniqué ausgegeben worden: Die Konferenz hat im Laufe der beiden Sitzungen, die sie heute abgehalten hat, sich mit der Ausarbeitung des Übereinkommens beschäftigt, das unter ihren Mitgliedern über die beiden Hauptfragen der Entwaffnung und der Reparation erzielte wurde.

Hinsichtlich der Entwaffnung hat sie die Vorschläge gebilligt, die ihr die Sachverständigen für militärische, maritime und Luftschiffahrtsangelegenheiten mit dem Zweck unterbreiten, von Deutschland die vollständige Ausführung der Verpflichtungen zu fordern, die sich für dieses sowohl aus dem Vertrag als aus den Noten von Boulogne und dem Protokoll von Spa ergeben.

Hinsichtlich der Reparation ist das Festern von den Sachverständigen vorbereitete Arrangement besprochen, vervollständigt und schließlich einstimmig gebilligt worden. Die Alliierten haben schon jetzt unter sich die Maßnahmen festgelegt, die eventuell angewendet werden sollen, im Falle daß Deutschland sich weigern würde, loyal und lückenlos seine Verpflichtungen auszuführen, die sich auf die Reparationen und auf die Entwaffnung erstrecken. Aus Hoffungslosigkeit und von der Hoffnung erfüllt, daß Deutschland aus sich selbst heraus seinen Verpflichtungen nachkommen werde, haben die Alliierten geglaubt, in diesem Augenblick diese Bestimmungen in Berlin nicht notifizieren zu lassen. Qualifizierte Vertreter der deutschen Regierung werden eingeladen werden, Ende Februar in London mit den Vertretern der alliierten Mächte zusammenzukommen.

Das Kommuniqué stellt alsdann fest, welche Fragen von der Konferenz im Laufe dieser Woche noch gelöst wurden, und betont als das wichtigste Ergebnis der Konferenz, daß die Entscheidungen in der herzlichsten und engsten Einigkeit und im Einverständnis erfolgt sind.

Die Mitteilung an Deutschland. — Einladung der Deutschen nach London

II. Paris, 31. Januar.

Der Text des im Laufe der Konferenz der Alliierten geschlossenen Abkommens ist dem Präsidenten der deutschen Delegation überreicht worden. Der Begleitbrief, der diesem Text beigegeben war, hat folgenden Wortlaut:

Paris, 29. Januar 1921.

Herr Präsident! Die Konferenz der Alliierten ist in der Zeit vom 24. bis 29. Januar 1921 in Paris zusammengetreten und hat folgende Entscheidung getroffen:

1. Was die Entwaffnung Deutschlands anbelangt, haben die Alliierten die Schlussfolgerungen der beigefügten Rolle gebilligt.

2. Was die Reparationen anbelangt, haben die Alliierten einstimmig die ebenfalls im beiliegenden Dokument enthaltenen Vorschläge gebilligt. Die Alliierten haben zu verschiedenen Malen und heute wieder neue Anlässe für die Entwaffnung zugelassen, und haben damit gezeigt, daß sie die Schwierigkeiten in Betracht ziehen, welche die deutsche Regierung bei der Ausübung ihrer Verpflichtungen hat, welche sich für sie aus dem Vertrage ergeben. Sie haben die feste Hoffnung, daß die deutsche Regierung die Alliierten nicht in die Notwendigkeit versetzt, die schwere Situation ins Auge zu fassen, welche sich ergeben würde,

wenn Deutschland darauf beharrte, seinen Verpflichtungen nicht nachzukommen. Die autorisierten Delegierten der deutschen Regierung werden eingeladen werden, sich Ende Februar mit den Delegierten der verbündeten Regierungen in London zu treffen.

3. Auslieferung und Zerkleinerung des Kriegsmaterials: Trotz der hohen Zahlen des gegenwärtig ausgelieferten und zerkleinerten Materials ist die Entwaffnung Deutschlands weit davon entfernt, beendet zu sein. Im besonderen ergibt sich ein bedeutender Ueberschuß dadurch, daß die Reduktion auf 100 000 Mann der Heeresstärke nicht mit der Ablieferung des dieser Reduktion entsprechenden Materials Schritt gehalten und eine große Menge Material bei den Truppenbeständen, in den Depots und Arsenalen sich angehäuft hat. Insbesondere verlangt die deutsche Regierung als Ersatzmaterial oder als Übungsmaterial Quantitäten zu behalten, welche die durch den Vertrag festgelegten weit übersteigen. Schließlich sind noch zahlreiche Waffen in den Händen der Zivilbevölkerung. Andererseits hat die deutsche Regierung in ihrer Note vom 24. Dezember 1920 sich geweigert, die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 8. November auszuführen und hat die Auslieferung des Artilleriematerials von Küstrin, Bosen und Rönigsberg ausgeschlossen.

Was die Reichswehr anbelangt, wird die deutsche Regierung aufgefordert, die Abstimmung des neuen Reichsgesetzes zu beschleunigen, welches gegenwärtig dem Reichstag vorliegt, nachdem sie die nötigen Änderungen vorgenommen hat, um dieses Gesetz in Übereinstimmung mit dem Friedensvertrag zu bringen, insbesondere was die Wehrpflicht anbelangt, welche sowohl gegenüber den Staaten, wie gegenüber dem Reich zu unterdrücken ist. Diese Entscheidungen sollen vor dem 15. März getroffen werden, um so die Einzelheiten der Organisation der Reichswehr (eine Armee von 100 000 Mann) in Übereinstimmung mit dem Friedensvertrag zu bringen. Insbesondere ist der Ueberschuß an Offizieren und Beamten der Zentralverwaltung zu unterdrücken. Diese Dispositionen sollen vor dem 15. April 1921 getroffen werden.

(Siehe auch dritte Seite.)

Volksabstimmung in der Schweiz

Bern, 30. Januar.

In der heutigen Schweizerischen Volksabstimmung wurde ein Initiativbegehren der sozialistischen Partei auf Abschaffung der militärischen Gerichtsbarkeit mit rund 387 000 gegen 193 000 Stimmen und mit 19 gegen 3 Kantone abgelehnt.

Ein zweites Initiativbegehren, wonach künftig die Verträge der Schweiz mit anderen Staaten der Volksabstimmung unterbreitet werden sollen, sobald es 30 000 Schweizer Bürger oder acht Kantone verlangen, wurde mit 284 000 gegen 150 000 Stimmen und von 20 gegen 2 Kantone angenommen.

Stockung der Rigaer Verhandlungen

Dem Kopenhagener Blatt "Politiken" wird aus Riga telegraphiert: In den polnisch-russischen Friedensverhandlungen ist eine Krise eingetreten. Man konnte bisher zu keiner Einigung über die Höhe des von Rußland an Polen zu zahlenden Geldbeitrages gelangen. Joffe erklärte, Rußland könne höchstens 80 Mill. Goldrubel an Polen geben, während Domski 70 Millionen verlangt. Der Zeitpunkt für die nächste Sitzung ist noch nicht festgesetzt.

Hänkel. Der Kanton Zürich lieferte 5762 Stimmen (68 Prozent) gegen den Beitritt und 2618 Stimmen (31 Prozent) für den Beitritt. Auch die Stadt Zürich lehnte den Beitritt mit entschiedener Mehrheit ab, nur zwei Sektionen haben zugestimmt. In Genf liegen die Verhältnisse ähnlich: zwei Drittel dagegen, ein Drittel dafür. Sehr starke Mehrheiten gegen den Beitritt ergaben alle übrigen Kantone, Bern verwarf den Beitritt mit 85 gegen 13 Prozent.

Selbstverständlich wäre es falsch, die Stärke der nunmehr ins Leben tretenden neukommunistischen Partei nach dem Ergebnis der Abstimmung zu bewerten. Von den 8777 Befürwortern des Beitritts wird ein erheblicher Teil bei der alten Partei bleiben, weil er zwar den Beitritt an die dritte Internationale, aber nicht die Spaltung und Zertrümmerung der Partei wollte. Die neukommunistische Partei, zum guten Teil geführt von Leuten, die noch vor kurzer Zeit mit beiden Füssen entweder im bürgerlichen Lager oder auf dem reformistisch-kleinbürgerlichen Flügel unserer Bewegung standen, wird ein Generalstab ohne Truppen bleiben.

Was aber ist die Ursache dieser Erscheinung? Objektiv hatten die Neukommunisten eine Reihe günstiger Faktoren für sich. Die schweizerische Arbeiterschaft steht gefühlsmäßig auf der Seite der russischen Revolution. Die erfolgreiche Abwehr aller inneren und äußeren Angriffe Sowjetrusslands hat dieses Gefühl gefestigt. Eine beispiellose Reaktion der Schweizer Bourgeoisie begünstigte den Erfolg der neukommunistischen Propaganda. Die infolge der überwerteten Valutafäh hereingebrochene Wirtschaftskrise fördert die revolutionäre Stimmung der Massen. Trotzdem haben die Anhänger des Beitritts stagniert. Das lag nicht nur an ihrer auf die Parteispaltung ausgehenden Taktik. Die Einheit der Partei ist auch für die Schweizer Genossen nicht Selbstzweck. Das haben sie vor ein paar Jahren bei der Spaltung mit dem Größtverein, einer bis dahin der Partei angeschlossenen, kleinbürgerlichen Organisation bewiesen. Aber unter den Einwirkungen des Krieges hat die schweizerische Partei eine unaufhaltsame und konsequente Linksentwicklung durchgemacht. Von der grundsätzlichen Anerkennung des Massenstreiks als politisches Kampfmittel im Rahmen der bürgerlichen Demokratie bis zu seiner praktischen Anwendung in den Novembertagen 1918. Von der Ablehnung der bürgerlichen Demokratie als eines Sicherheitsmittels für den friedlichen Übergang zur sozialistischen Gesellschaft bis zur prinzipiellen Anerkennung der Diktatur und des Räteystems als historischer Notwendigkeit. Von der Ablehnung der nationalen Verteidigung im Sinne der kapitalistischen Bourgeoisie bis zur Anerkennung der Thesen von Zimmerwald und Kiental. Und nachdem der letzte Parteitag diese Linksentwicklung durch die Neuformulierung des Parteiprogramms zu einem gewissen Abschluss gebracht hatte, mußten die üblichen, international schablonierten Tiraden von Verrat, konterrevolutionärer Gesinnung, Agentenschaft der Bourgeoisie und wie die neukommunistischen Sprüche alle lauten, wirkungslos verpuffen. Die Arbeiterschaft der Schweiz weiß, was sie an der Partei hat. Die praktische Schulung, die ihr die Demokratie bot, die unerhörte Reaktion, die gerade jetzt den eisernen Zusammenschluß der proletarischen Kräfte zu einem Gebot der Notwendigkeit macht, ließ es die Arbeiter zweimal überlegen, ob sie einer Phrase zuliebe eines der wichtigsten Instrumente des Klassenkampfes sprengen und vernichten wollten.

Der Revolutionär darf nicht nur Gefühlsmensch sein. Er muß auch Psychologe sein. Die Neukommunisten in der Schweiz haben bewiesen, daß sie von der Massenpsychologie nichts verstehen. Sie sind das Opfer der von Moskau verbreiteten und vorgeschriebenen Schablone geworden. Sie sind an jener Verschiedenheit der objektiven Verhältnisse gescheitert, die sie tapfer leugnen und vor denen sie sich doch allemal wieder verbeugen, sobald es konkrete Aktionen auszulösen gilt.

Daß die Neukommunisten nach diesem Ausgang der Abstimmung fürchterlich über die Partei schimpfen, ist in Ordnung. Die Partei wird sich deswegen weder in ihrer Linksentwicklung noch in ihrer Aktionsfähigkeit beirren lassen. Der Versuch, sie nach rechts zu treiben, ist vom Berner Parteitag sozusagen einstimmig zurückgewiesen worden. Die schweizerische Partei wird auch international auf die-

ser Seite bleiben und jeden Versuch unterstützen, der im Sinne des umfassenden Zusammenschlusses und der Einigung des revolutionären Proletariats gemacht wird. Die Wiener Konferenz ist für sie von außerordentlicher Bedeutung. Von den Beschlüssen dieser Konferenz erwartet die Schweizer Partei nicht nur eine Abgrenzung nach links, wo heute ein wirres Durcheinander von Vertretern verschiedenster Geistesrichtungen steht, ebenso sehr erwartet sie von ihnen einen scharfen Trennungsstrich nach rechts, weil sie aus den Erfahrungen der Kriegszeit, auf einer Warte, von wo aus sich der Meinungssturm in den Reihen des internationalen Proletariats nach beiden Seiten hin und objektiv überblenden ließ, gelernt hat, daß die geistige Klarheit die Voraussetzung revolutionärer Einheit ist.

Der demokratische Maulkorb Antrag

Zu dem vom demokratischen Abgeordneten Schiffer eingebrachten Gesetzentwurf, der die Rechte des Parlaments erheblich abschwächen soll, schreibt das Berliner Zentrumorgan "Germania", daß die Reform der Arbeitsmethode des Reichstages seit mehreren Wochen Gegenstand der Verhandlungen der Fraktionen gewesen sei, daß aber der demokratische Antrag wesentlich darüber hinausgehe, was bei den Erörterungen besprochen wurde.

Es berührt eigenartig — heißt es weiter —, daß die Demokraten das Ergebnis der schwebenden Verhandlungen nicht abgewartet haben. Die Veröffentlichungen in der demokratischen Presse könnten den Eindruck hervorrufen, als ob der demokratische Antrag die Zustimmung der übrigen Regierungsparteien gefunden hätte. Das ist aber, wie wir ausdrücklich feststellen, nicht der Fall. Die übrigen Regierungsparteien haben im Gegenteil eine Unterzeichnung des demokratischen Antrages abgelehnt, weil er in vielen Punkten über das erforderliche Maß der Reform der Geschäftsordnung des Reichstages hinausgeht und zum Teil Forderungen enthält, die von vornherein indiskutabel sind.

Der reaktionäre Eifer der Demokraten ist also selbst dem sonst nicht sehr zimperlichen Zentrum so sehr auf die Nerven gefallen, daß es erschrak von den Demokraten abrückte. Auch das "Berliner Tageblatt" hat die Schiffer und Konsorten ziemlich offen desavouiert. Diese Herrschaften entpuppen sich immer deutlicher als die eifrigsten Zutreiber der Reaktion, deren höchstes Ziel anscheinend darin besteht, sich das Wohlwollen der Rechtsparteien zu erwerben. Die Wähler werden diesen Orgeschdemokraten am 20. Februar die entsprechende Würdigung zuteil werden lassen.

Man wird sich abfinden müssen

Der "Vorwärts" hat zu der Tatsache, daß Herr Lensch sich den gutbezahlten Mitarbeitern an der "Deutschen Allg. Zeitung", dem Blatte des Herrn Sinnes beigegeben hat, nichts zu sagen gemocht. Das "Hamburger Echo", dessen Politik Herr Lensch während des Krieges geführt hat, bemerkt dazu lediglich folgendes: "Nach dieser Leistung wird man sich damit abfinden müssen, daß auch Paul Lensch, der hier tatsächlich und ideell für Sinnes arbeitet, seinen Sonderfrieden mit dem Kapitalismus geschlossen hat." Die Rechtssozialisten finden sich also damit ab, daß die Sinnes-Raketen auch künftig ihre Partei zieren sollen. "Man" wird sich doch schließlich auch damit "abfinden müssen", daß Herr Sinnes selbst Mitglied der rechtssozialistischen Partei wird. Ob aber auch die rechtssozialistischen Arbeiter sich damit "abfinden" werden?

Riesenschiefungen in der Provinz Sachsen

Gegen den Landeshaushalt der Provinz Sachsen Einsen-hoff werden schwere Befürdungen erhoben. Er soll sich umfangreicher Schiefungen mit Kohle, Eisenbahnmateriale und Benzol schuldig gemacht und dem Reich enormen Schaden zugefügt haben. Der Beginn der Schiefungen fällt noch in die Kriegszeit, sie wurden bis in das vorige Jahr fortgesetzt. Trotzdem der frühere Oberpräsident von Schulenburg und der Landes-hauptmann von Sachsen Freiherr von Wilmski darüber

unterschiedet worden waren, waren sie gegen den Landeshaushalt nichts unternommen. In diese Angelegenheit ist auch der ehemalige Landessekretär und jetzige Landes-Kleinbahndirektor Kraß verwickelt. Von Berliner Firmen, die an den Schiefungen beteiligt sein sollen, werden genannt Walter Hoene, Hötter, Deike, Jahn.

Am 1. Dezember 1920 erhielt der Oberpräsident Hering von diesen Schiefungen Kenntnis. Mit dem Minister des Innern Severing fanden Verhandlungen statt und jetzt ist eine Untersuchung durch den Staatsanwalt angeordnet worden. Die Organisation der Eisenbahner haben bereits festgestellt, daß die Befehlsgebungen zu Recht erhoben worden sind. Wir erwarten nunmehr, daß gegen die Stützen der Gesellschaft, die in diese Affäre verwickelt sind, mit aller Schärfe vorgegangen und daß ihnen nicht Zeit zur Flucht gelassen wird.

Sturmriemen unters Kinn

Unter den vielen Aufrufen, die die Zentrale der Vereinigten Kommunisten jetzt verschickt — jeden Tag einen neuen —, konnte man kürzlich einen lesen, der sich gegen die Gewerkschaften richtete und worin die Arbeiter aufgefordert wurden, "gegen die Vertreter" mit "Sturmriemen unterm Kinn!" loszugehen. Inzwischen ist eine Woche vergangen, die Gewerkschaften sind aber seitdem noch immer nicht sturmreif geworden, um im kommunistisch-militärischen Jargon zu reden. Man scheint daher bei den Vereinigten Kommunisten zu der Einsicht gekommen zu sein, daß man zunächst im eigenen Lager Sturmübungen abhalten müsse. In der "Schiefischen Arbeiter-Zeitung" vom 28. Januar findet sich in Fettdruck folgende Erklärung:

"In Nr. 22 der 'Schief. Arb.-Ztg.' gelangt ein Wahlauftrag zum Ausdruck, der in die Worte gipfelt: 'Wählt die kommunistische Wahlliste! Das ist der zurzeit wichtigste und sicherste Schutz gegen Reaktion und Gegenrevolution!' — Das ist eine sozialdemokratische Phrase, die nur durch einen Zungenfehler einem Kommunisten passieren konnte. Nicht die Stimmbgabe für die kommunistische Wahlliste, sondern die Einigung des Proletariats zum Klassenkampf auf der Grundlage des 'Offenen Briefes' der K. A. P. D. ist der zurzeit wichtigste und sicherste Schutz gegen Hunger und Konterrevolution."

Breslau, den 27. Januar 1921.
Bezirksverbandsleitung Schlefien der K. A. P. D.
Klein.
Ziegler."

Diese Mäße richtet sich nur indirekt gegen die Reaktion des Blattes; wer damit gemeint ist, das erfährt man am selben Tage aus der "Hamburger Volkszeitung" in einem Artikel, der sich mit dem Wahlkampf beschäftigt. Es heißt darin:

"Sturmriemen unters Kinn!" das muß der Ruf sein, der der Strafe aus den Parlamenten entgegenhält.

Wie die Kommunisten sich in der Wahlzeit selbst verhalten sollen, das ist eindeutig in den Leitfäden und Statuten der Dritten Internationale auf Seite 45 unter Ziffer 14 gesagt. Auch die Zentrale der K. A. P. D. mag sich noch einmal darauf hinweisen lassen. Es liegt begründeter Anlaß dazu vor. Der kommunistische Pressebetrieb hat in der letzten Zeit vollkommen verlagert. Er hat Artikel und Aufrufe voller opportunistischer Plattituden gebracht. Mit diesem Gewäsch muß aufgeräumt werden, soll nicht der kommunistische Kampfsgeist unserer Partei leiden, soll nicht Verwirrung in die Köpfe der Massen hineingetragen werden, die glauben, in einer revolutionären Partei zu sein und nun auf einmal entdecken, daß mit denselben Mitteln gearbeitet wird wie in den beiden sozialdemokratischen Lagern.

Wir wollen keinen Stimmengang! Wir wollen nichts anderes im Wahlkampf als das, was die kommunistische Internationale von uns verlangt. Und davon ist noch nichts verwickelt worden!"

Auf, ihr Kommunisten, zum Sturm gegen eure Zentrale! Sturmriemen unters Kinn! Hinweg mit den Opportunisten!

Der künftige parlamentarische Ausschuss der preussischen Landes-versammlung tritt am 8. Februar zusammen, um einige dringende Anordnungen, darunter die, betreffend Erhöhung der Feuerungszulage für preussische Beamte, zu er-leiden.

Vermindeung der amerikanischen Besatzung. Dem ameri-kanischen Repräsentantenhaus ist auf Grund des Materials des Stabes der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland die Mitteilung zugegangen, die amerikanischen Truppen könnten bis Dezember auf 8000 Mann reduziert werden; bis jetzt habe Deutschland die Kosten für die Besatzung regel-mäßig bezahlt.

Die Krankenpflegerin

Ein Beruf für Berliner Proletariatskinder

Ein bloßer noch nicht genügend gewürdigter Beruf für die Tochter des Berliner Arbeiters ist der Beruf der Krankenpflegerin in den Groß-Berliner Krankenanstalten. Von selten der Arbeiterschaft, des Magistrats und auch des Demobilisierungsausschusses hat man sich damit befaßt, diejenigen Krankenpflegerinnen, auch die Schwestern, die 1914 nicht in Berlin tätig waren, aus städtischen Diensten zu entlassen, um den Arbeitsnachweis für Krankenpflegepersonen zu entlasten. Auf Nachfrage standen dem Arbeitsnachweis nur wenige Schwestern zur Verfügung. Auch sind die Offerten der Krankenpflege-Lehrschulen in Berlin nicht in genügendem Maße beachtet worden.

Eine Berlinerin unter den Schwestern war eine Seltene. Der Nachwuchs rekrutierte sich fast ausschließlich aus den feudalen Landwirtskreisen und sonstigen hochfeudalen Familien Ost- und Westpreußens, Schlesiens und Süddeutschlands. Man könnte wohl annehmen, daß eine Berliner Proletariats-tochter, wenn nicht geeigneter, so doch berechtigter sei zur Pflege des kranken Arbeiters oder Arbeiterin in den Berliner Kranken-häusern. Die Ursache des Fernbleibens aus diesem Berufe waren früher die für eine Arbeiterkinderin fähliche Entlohnung und sonstige kasernenmäßige Beschränkungen der persönlichen Freiheit der Krankenpflegepersonen in Vorkriegszeiten. Aber auch auf diesem Gebiet ist nach den Novembertagen 1918 gründlich Remedur geschaffen worden. Dieses Verdienst gebührt den Ge-werkschaften und den sozialistischen Parteien.

Aus zwei Gründen ist es erforderlich, daß sich die Berlinerin an diesem Beruf beteiligt. Aus wirtschaftlichen und aus politischen Gründen. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß es einem Sozialisten (die übergroße Mehrzahl sind es) recht ist, ob da irgendwer von sonstwoher nach einer einjährigen Lehrzeit all die sozialen Errungenschaften der Berliner Arbeiterschaft unverdient genießen darf. Es besteht auch nicht die Möglichkeit (mit einigen Ausnahmen), die aus vorher genannten Familien stam-menden Damen zu sozialem Denken zu bringen, obwohl man gerade von einer Krankenpflegerin in den städtischen Anstalten soziales Verständnis verlangen muß. In Privatkliniken mit L-Klasse-Patienten ist es wohl nicht nötig. Es steht fest, daß der größte Teil der Schwesternschaft nicht sozial denkt. Das hat sich bei den Wahlen gezeigt. Daß man diesen jetzgeschlossenen reaktionären Kreis nicht durch eigene Teilnahmslosigkeit vergrößern soll, muß einleuchten. Zumal nach einer einjährigen Lehrzeit ein interessanter, befriedigender und wirkungsvoller Lebensberuf bei der Stadt Berlin nach bestandener Examen so gut wie sicher ist. Die Bedingungen sind nicht so, daß sie für die Tochter

eines Arbeiters unerfüllbar wären. Verlangt wird der Besuch der Volkshochschule mit Absolvierung der 1. Klasse. Vollendetes 21. Lebensjahr. Einwandfreier Lebenswandel und guter Gesundheitszustand. Gewährt wird während der einjährigen Lehrzeit: Freie Arbeitsleistung, freie Verpflegung, Wohnung und ein angemessenes Taschengeld. Nach bestandener Examen Aufnahme als städtische Volkshochschule in einer städtischen Kranken-anstalt. Das Gehalt ist nach den Vereinbarungen der Gewerkschaft festgesetzt. Die Lehrzeit beginnt und endet zweimal im Jahre (April und Oktober).

Zur gegebenen Zeit werden Inserate in den Tageszeitungen zur Teilnahme an den Kursen anfordern. Es liegt also keine Ursache vor, daß sich die Berlinerin diesem Berufe fernhält. Es ist vielmehr eine zwingende Notwendigkeit, daß sich bei künftigen Lehrgängen der staatlichen Krankenpflege-schulen die Berlinerin beteiligt und der Nachwuchs an Krankenpflegerinnen aus Berlinertinnen mit sozialem Gesinnungszustand ergänzt. F. G.

Volkshöhne

Tagore und Shakespeare

Das war ein sehr gelungener Abend! Erst ein ruhiger, gerun-deter Klang aus einer fernen Welt, aus der Welt indischer Ruhe und Weisheit. Dann ein lustiger Tanz von Scherz und Ueber-mut aus einer anderen fernen Welt, aus Shakespeares Märchen- und Mysterien-Theater. Aber beide Welten, so sehr verschieden, ver-tragen sich gut — es ist für beide Platz im menschlichen Herzen, da beide aus menschlichem Herzen kommen.

Rabindranath Tagore's "Postamt" ist kein "Drama" im dem Sinne, wie wir das Wort gebrauchen. Es "geschieht" so gut wie nichts in diesem Spiel. Ein kleiner Junge ist krank und stirbt — das ist alles. Und in den Tagen vor seinem Tod spricht er mit ein paar Leuten dies und das. Mit dem Onkel, dem Milchmann, dem Schuhmann, dem Väterchen-Takt. Er spricht mit ihnen über den Arzt, der ihn nicht herausläßt aus der Straße, über die Döner, die da jemals des Flusses liegen, über die Län-der, in die er wandern wird, wenn er wieder gesund ist, und über das Postamt des Königs und über den Brief, den der König ihm schreiben wird. Lauter so kleine, unscheinbare und phantastische Dinge, über die die Kinder gern sprechen. Und die Erwachsenen sprechen mit ihm, wie man mit einem Kind spricht, ein bisschen einfältig und dumm. Nichts besonderes sagen sie. Aber wie der Junge dann ihre harmlosen Worte weiterführt, widerspricht oder sie nur einfach mit niedergelassenen Augen wiederholt — da wächst dann mit einemmal aus diesen einfachen Worten eine ganz tiefe, kindliche und gütige Weisheit! So ihr nicht werdet wie die Kinder... Das konnte als Motto über dieser Dichtung stehen.

Der Vergleich mit Shakespeares "Himmelskinder" liegt nahe. Zu nahe. Die Anschaulichkeit ist nur äußerlich. Tagore's "Amal" ist dem jungen Buddha weit eher verwandt als dem häuslichen "Hannele".

Publie Mannheim war der Junge. Schen, leidenschaftlich, Hebebedürftig — wie Jungens sind. Ihr ist die starke Wirkung in erster Linie zu danken. Die anderen Figuren der Dichtung bleiben im Hintergrund. Es hört nicht so sehr, wenn sie unzu-länglich besetzt sind. Sie waren es zum guten Teil. Nur Guido Herzfeld fiel angenehm auf. Die Regie (Jürgen Feh-ling) war vor die schwierige Aufgabe gestellt, eine so ganz an-sehliche und ruhige Dichtung in einem so großen Raum zur Wirkung zu bringen. Sie löste diese Aufgabe mit Hilfe des farbenreichen und doch ruhigen Bühnenbildes (von Hans Stro-bach), das in einen gelben Rahmen verlegt war, der die riesige Bühne zu einem Drittel verkleinerte.

Nach einer Pause sollte dann Shakespeares "Komödie der Irrungen" vorüber. War die Regie des ersten Stüdes ganz gut, so war sie hier ganz ausgezeichnet. Nicht in die getrennt, sondern in ein rasch aufeinanderfolgendes Bildern rollen die Szenen dieses Bewachungsherges aus Shakespeares Jugend-tagen in mitreißendem Tempo dahin. Ran lasste, war neugierig auf das nächste Bild und lachte schon wieder nach Herzenslust — gewiß nicht anders, als vor 300 Jahren die Matrosen und eh-rlichen Handlungsgelassen in den Vorstädten Londons gelacht haben, als Shakespeare selbst mit seiner Truppe ihnen diesen märchenhaften Akt vorzählte. Dabei ist das Schauspielmaterial, das der Regie zur Verfügung stand, durchaus nicht bedeutend, nicht einmal gut. Aber in diesem lauten und lustigen Reigen hatten die Fehler der einzelnen kaum Platz und Zeit, sich zu zeigen, so rasch und lustig tollten alle, besonders in den Massen-szenen, durcheinander. Bravo: Regie (Jürgen Fehling). Und bravo, Hans Strobbach! Seine bunten Kostüme trugen viel zur Wirkung bei. Das der "Bühnen" war allein eine Leistung. Wirklich: ein sehr gelungener Abend! Hans Siemen

Proletarische Feiern. Die gestrige Veranstaltung im Großen Schauspielhaus war dem 20jährigen Bestehen der Arbeit-erbildungsschule Berlin gewidmet. Genosse Felix Stä-linger gab einen kurzen Abriss der Geschichte der Arbeiterbil-dungsschule und schilderte ihre Bedeutung für den Befreiungs-kampf der Arbeiterklasse. Gerade in Verlehen des verhassten Klassenkampfes müsse die wissenschaftliche Bildung und profes-sionelle Schulung des Proletariats die starken Kräfte des sozia-listischen Glaubens heben und vertiefen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Wiederholung des Schönauischen Weibe-spiels "Erlösung". Margarete Weisboener und Hans Siemen sprachen wieder mit Inbrunst die Einzelrollen und auch die Chöre löten, ebenso wie bei der Aufführung vor 14 Tagen, ihre Aufgabe wieder ganz vortrefflich. Die übrigen Darbietungen waren diesmal nicht ganz gelungen. Das lag weniger an dem zum Teil ausgezeichneten Kräfte, als an der Aus-wahl des Programms. Schuber's Pianer spielte entschieden nicht in eine proletarische Feiern diesen Charakters, und es war auch verfehlt, die Agitationen ausschließlich mit Gedichten, die den Wert der Bildung preisen, zu bekräften. Sollen die Feiern

Der wankende Vertrag von Sevres

Wenn man in den leitenden Entente-Ländern die Absicht hat, den Vertrag von Sevres, der die Türkei auf die Hälfte ihres territorialen Bestandes und ihrer Bevölkerung vermindert, einer Revision zu unterziehen, so trägt man damit nur der kritischen Lage in der asiatischen Türkei Rechnung.

Die türkischen Nationalisten unter Führung von Kemal Pascha, die den Friedensvertrag ablehnen und einen bewaffneten Aufstand gegen die Konstantinopeler Regierung, die völlig dem Ententeinfluss untersteht, organisieren, sind scheinbar Herren der Situation. Sie stehen sowohl militärisch als auch politisch günstig da. Ihre politische Stellung hat sich besonders durch den Aufbruch in Griechenland gehoben, der eine glatte Abgabe an die Ententepolitik bedeutete. Die Entente versucht deshalb mit den Nationalisten zu verhandeln, da die reguläre Regierung völlig ohnmächtig ist. Militärisch hat Kemal Pascha eben erst den Griechen eine empfindliche Schlappe beigebracht.

In der Entente ist es besonders Italien, das auf eine Annäherung an die türkischen Nationalisten hindrängt. So waren in diesen Tagen offizielle Vertreter der türkischen regulären Regierung neben inoffiziellen Vertretern der kemalistischen Regierung in Rom, um über die augenblickliche Situation zu verhandeln. Wie stark bereits die Stellung der kemalistischen Regierung ist, zeigt die Tatsache, daß die Kemalisten sich nicht scheuen, die türkische Armee in ihren Rang in der türkischen Armee eingesetzt hat.

Entsprechend sind auch die Ansprüche der Nationalisten gestiegen. Bekanntlich hat die augenblicklich tagende Pariser Entente-Konferenz es der regulären türkischen Regierung freigestellt, sich mit der nationalistischen Regierung in Angora über eine gemeinsame türkische Delegation zu einer neuen Orient-Konferenz, die London stattfinden soll, zu verständigen. Darauf hat Kemal Pascha dem Großwesir mitgeteilt, daß die Regierung von Angora in der Türkei augenblicklich die einzige bestehende sei. Er erwarte eine direkte Einladung der Alliierten. Die Kemalisten stellen nun eine Reihe Forderungen, von deren Erfüllung sie ihre Teilnahme an dieser Konferenz abhängig machen. Sie bestehen auf der sofortigen Räumung von Smyrna durch die Griechen und der Räumung von Cilicien durch die Franzosen. In einer weiteren Meldung aus Konstantinopel wird berichtet, daß Mustafa Kemal Pascha an die Behörden Anatoliens eine Proklamation gerichtet hat, die seine Kriegsziele bekundet. Er will folgendes erreichen: 1. Die Erklärung Konstantinopels zur Freien Hafenstadt der Türkei; 2. Freiheit der Meerengen; 3. Rückfall Smyrnas und Thrakiens unter die türkische Oberhoheit und schließlich völlige Unabhängigkeit der Türkei in finanzieller Hinsicht.

Einigen sich die Herrschaften in London auf irgend einer Grundlage, dann kann das Verhältnis der kemalistischen zur russischen Sowjet-Regierung nicht unbeeinträchtigt bleiben. Kemal Pascha ist jetzt in der günstigen Lage, seine Freundschaft mit Moskau als Tauschobjekt auf den Verhandlungstisch zu werfen und sowohl gegenüber Rußland wie gegenüber der Entente eine Politik der Erpressung zu üben. Trotz der Verdrößerungen und der pomphaften Erklärungen Enver Paschas auf dem Kongress der Muslimen in Kulu, der als großer Sieg des Kommunismus ausposaunt wurde, ist die Gefahr sehr groß, daß die türkischen Nationalisten ihre russischen Verbündeten im Stich lassen und sich mit den Imperialisten der Entente verständigen.

Schwere Unruhen in Rom

CC. Rom, 31. Januar.

Hier ist es zu schweren Unruhen gekommen. Während die römische Kammer über die Interpellation der Sozialisten verhandelte, die sich darüber beschwerten, daß sie von der Polizei nicht genügend vor den Gewalttätigkeiten der Faschisten geschützt würden, veranstalteten gleichzeitig die Studenten wegen der Gewalttätigkeiten der Sozialisten in Modena und Florenz eine große Demonstration. Ein großer Demonstrationzug kam auch nach dem Platz San Silvestro, wo sich das Hauptpostgebäude befindet. Polizei versuchte die Menge abzubringen, doch gelang es ihr, auf den Platz zu kommen. Die Postbeamten errichteten vor dem Gebäude Barrikaden, die von den Trup-

pleen, was sie waren, dann muß bei der Auswahl des Programms Wert darauf gelegt werden, daß Einseitigkeit nicht zur Erstarrung führt.

Deferture. Im Rose-Theater wurde am Freitag ein Schauspiel von M. Wassermann aufgeführt, das den Versuch zu einer künstlerischen Gestaltung antimilitaristischer Probleme darstellt. So gut und dramatisch wirkungsvoll der Vorwurf gewählt war, so sehr mußte man das Vergehen der Gestaltung sühnen. Die Personen wirkten viel zu entwertet und wehlich. Die Schauspielersleistungen waren ansprechend, besonders die Mutter der Adele Darrwig, gut war auch die Regie des Verfassers. Der Beifall galt wohl mehr der Tendenz als dem Kunstwerk.

Deutschland-Frankreich. Präsident Millerand hat die üblichen Forderungen, Entschädigung und Bälle abgelehnt, da sich eine solche Forderung nicht vertrüge. Das für diese Zwecke bestimmte Geld soll notleidenden französischen Kindern zufließen.

Der Verein Berliner Presse, dessen Mitglieder berufsamtlich beweisen, daß Deutschland hungert und Frankreich prahlt, schrieb für ihren Fall folgende Etiquette vor: Die Damen erscheinen im Ballkleid ohne Hut oder dutchindischen Kopfschmuck. Hohe schwarze Kleider sind nicht gestattet. Für die Herren sind Frack und weiße Binde. Eintritt ins Smoking nicht gestattet. Offiziere in Uniform. (Wegen des bekannten „farbenprächtigen“ Bildes.)

Nach dem Lokalanzeiger hat sich der Schwarz-Weiß-Klub schon in der kurzen Zeit seines Bestehens zu einem Treffpunkt der guten Gesellschaft entwickelt. Er gab am 27. Januar — wie der Lokalanzeiger richtig bemerkt, die Wahl gerade dieses Tages war wohl nicht rein zufällig (nein wirklich nicht) — einen Gesellschaftsabend im Hotel Esplanade. Der Lokalanzeiger schreibt darüber: „Man sah viele schöne und elegante Frauen und ein Heer von Tänzern war versammelt. Darunter mande, deren Leistungen den Sachkundigen aus den Tanzportouren als Gegenstand neugieriger Bewunderung bekannt waren, dazu hervorragende Ballmusik und der schöne Raum — alle Elemente waren für das Gelingen vorhanden, das erreicht wurde.“ Also die bekannte altpreußische Einfachheit der Funter.

Ja, Deutschland hungert. Es ist nur die Frage, wer ... ?

Schillings gestorben. Der bekannte Zoologe und Afrikareisende Professor Carl Georg Schilling ist Sonnabend abend plötzlich in Berlin im Alter von 65 Jahren an einem Herzschlag verstorben.

Tages-Notizen

Marienhilftheater. Am 1. u. 2. Februar haben Mischbesetzungen aller Art gegeben. Die Besetzung der Rollen ist: 1. Die Götter, am 1. u. 2. Februar. 2. Der gekleidete Kaiser, am 1. u. 2. Februar. 3. Die 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

pen geklärt werden mußten. Das Postgebäude wurde schließlich militärisch besetzt.

Das Bürgerturn verlangt Bewaffnung

Um sich gegen die Angriffe der Sozialdemokraten zu verteidigen, lenkten im Parlament einige Abgeordnete die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Notwendigkeit, die Bürger gegen die kommunistischen und sonstigen Verbrechen zu bewaffnen.

Lord Georges Befriedigung

Nach Schluß der Konferenz erklärte Lord George französische Journalisten, sein Eindruck von der Konferenz sei ausgedrückt. Er habe selten eine Konferenz besucht, die man mit so allgemeiner Befriedigung verlassen habe, und das sei sehr gut so, denn wenn man nicht zu einer vollständigen Verständigung gelangt wäre, wäre das ein wirkliches Unglück gewesen, und nur die Deutschen hätten sich darüber freuen können. Die Deutschen würden allerdings nicht so recht mit dem Ergebnis der Konferenz zufrieden sein, führte er. Irgendwelche Schwierigkeiten für die Erhebung und Kontrolle der Ausfuhr fürchte er keineswegs; es hände den Alliierten mehr als ein Mittel zur Verfügung, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, falls sie auftauchen sollten, vor allem die Zollkontrolle, die sie einrichten würden. Diese Kontrolle werde allerdings durch einen deutschen Beamten ausgeübt werden, aber die Ernennung dieses Beamten werde nur unter Zustimmung der Reparationskommission erfolgen können, die jeden Augenblick seine Abberufung fordern könne. Wenn die Deutschen trotz dieser Kontrolle ihre Ausfuhr irgendwie zu verheimlichen suchten, so brauche man sich nur an die Verbündeten oder sogar an die neutralen Regierungen zu wenden, die ja größtenteils Statistiken über ihre Einfuhr veröffentlichten. Man würde dann diese Statistiken nur mit den deutschen Ziffern zu vergleichen haben.

Ueber die militärischen und nicht-militärischen Zwangsmahnahmen erklärte Lord George, man müsse sich wohl davor hüten, die Kontrolle der deutschen Zölle, die keinerlei Zwangsmahnahme sei, mit der Einrichtung eines direkten Zollregimes durch die Alliierten zu verwechseln, was natürlich eine Zwangsmahnahme wäre. Man habe es vermieden, den Ausdruck „Beschlagnahme“ zu gebrauchen, wie man überhaupt ganz allgemein zu vermeiden gesucht habe, was die deutsche Empfindlichkeit verletzen könnte. Es sei den Alliierten nicht daran gelegen, die Deutschen zu erniedrigen, sondern daran, in den Besitz ihrer Forderungen zu gelangen. Die rein moralische Zwangsmahnahme der Nichtaufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die auf Vorschlag Lord Curzons zur Annahme gelangt sei, könnte ohne weiteres dadurch verwirklicht werden, daß die Alliierten sich der Aufnahme Deutschlands widersetzen, falls es sich weigern sollte, die soeben unterzeichnete Lösung anzunehmen. Lord George wies noch besonders darauf hin, in welchem Geiste die vorgelegenen Zwangsmahnahmen zur Anwendung kommen sollten. Die Alliierten seien sich vollkommen darüber einig, daß man sie nicht leichtfertig zur Anwendung bringen dürfe. Man werde mit anderen Worten Deutschland nicht gleich wegen jedes leichten Verstoßes mit der Anwendung dieser Maßnahmen drohen, sondern diese Maßnahmen würden in ihrer Gesamtheit nur zur Anwendung gelangen, wenn die Alliierten es für nötig hielten.

Die Reparationskommission werde ihre Arbeiten fortzuführen, weil Frankreich wünsche, daß die Gesamtsumme der Forderungen aller Alliierten Deutschland gegenüber gemäß dem Vertrag festgestellt werde, und dann, weil man immerhin die Möglichkeit voraussehen könne, daß Deutschland das jetzt getroffene Abkommen nicht annehme. In diesem Falle würde nichts anderes übrig bleiben, als die Bestimmungen des Vertrages reiflos und buchstäblich zur Anwendung zu bringen.

Die Frage der interalliierten Schulden würde Großbritannien mit dem allerbesten Willen und mit dem größten Entgegenkommen regeln. In Höhe habe ja England bereits versprochen, fünf Jahre lang seinen Anteil an der deutschen Entschädigungssumme nicht zu kapitalisieren, nur um einer etwaigen französischen Anleihe nichts in den Weg zu legen, falls Frankreich versuchen sollte, auf diesem Wege seine Forderungen gegen Deutschland stillig zu machen. Das sei zwar nur wenig, und England würde gern mehr tun, aber es sei ganz unmöglich, sich mit einem Sonderabkommen nur zweier Länder über diese Schulden zu befassen. Dafür bedürfte es einer ganz allgemeinen Lösung. Lord George schloß: Wir schulden den Amerikanern Geld, Frankreich ist unser Schuldner, und andere Nationen wiederum sind Frankreich Geld schuldig. Es ist da keinerlei Lösung möglich, solange Amerika sich von den Repressalien fernhält. Nun wir inzwischen so, als ob uns keinerlei Schulden drückten. Wenn mein Gläubiger mich nicht drängt, so werde ich meinerseits auch meinen Schuldner nicht drängen.

Lord George hat Paris Sonntag vormittag verlassen.

Beschaffung von Arbeitsgelegenheit

Unter dem Vorsth des Reichsanzlers und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preußischen Ressortminister und Vertreter der politischen Parteien des Reichstages fand gestern, Sonntag, eine Aussprache über die Arbeitsbeschaffung statt. Aufgeführt wurde die überaus ernste Lage auf dem Arbeitsmarkt anerkannt und betont, daß das Reich und die Länder bis zu einer allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage mehr noch als bisher Arbeitsgelegenheit schaffen müßten. Die Erörterung zeigte Möglichkeiten dafür, insbesondere auf dem Arbeitsgebiete des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums, sowie in den landwirtschaftlichen Bodenverbesserungen, wie sie schon jetzt mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge betrieben werden. Sehr bedeutungsvoll für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes schien nach allgemeiner Auffassung die Behebung der Bauartigkeit. Auch die Zukunftsaussichten der deutschen Industrie wurden eingehend erörtert. Aus dem Kreise der Gewerkschaften wurde auch die Notwendigkeit einer vermehrten Anwendung der Methode der Kurz-Arbeit, sowie die Frage des Wachsens der Belegschaft zur Erörterung gestellt. Sämtliche Anregungen sollen von den in Betracht kommenden Behörden nachdrücklich und schnellst verfolgt werden.

Das Ministerium für den Landwirtschaftsbau. Das preußische Landwirtschaftsministerium macht darauf aufmerksam, daß das Wahlrecht zu den Landwirtschaftskammern auch dem Gartenbau zuzurechnen ist; denn er geböre als Bodenfruchtbau zu dem landwirtschaftlichen Gesamtgewerbe.

Der neuernannte Geschäftsträger Portugals in Berlin, Dr. Cesar de Souza de Amaral e Abranches, hat dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons am 27. d. M. sein Beglaubigungsschreiben übergeben.

Feierschichten im Saarbergbau. Auf den Saargruben werden nach Mitteilung der französischen Bergverwaltung zunächst am 31. Januar und am 5. und 7. Februar Feierschichten eingelegt werden, da infolge der wirtschaftlichen Krise eine Abflachung eingetreten ist und die Halbbefehle bereits überhüllt sind.

Deutsche Arbeiter in Schweden. Die schwedische Regierung hat erklärt, daß die deutsche Staatsangehörige, die seit längerer Zeit in Schweden wohnt und jetzt unverzüglich arbeitslos werden, bei den Notfallsarbeiten mit den schwedischen Arbeitern gleichgestellt werden sollen.

Blutige Unruhen in Oberitalien. Die Schweizer Blätter melden, daß es in Oberitalien anlässlich der Wahlen zu den Landgemeinden zu blutigen Unruhen gekommen sei. In Padana hat zwischen Nationalisten und den Sozialisten ein blutiger Straßenkampf stattgefunden. Der Generalstreik wurde proklamiert. In Mailand versuchten die Nationalisten die Buchhandlung des „Avanti“ in Brand zu stecken, doch gelang es der Feuerwehr, den Brand schnell zu löschen. Zum Schutz der Arbeiterkammer sind von der Polizei umfangreiche Maßnahmen getroffen worden.

Groß-Berlin

Wie sie prassen

In Berlin beginnt die Zeit der Wälle und Redouten. Die Bourgeoisie, die aus einem Genuß in den andern taumelt (vielleicht um nicht an die beliebte Phrase von dem hungernden Deutschland erinnert zu werden?) und eben von den Winterportplätzen zurückgekehrt ist, fürcht sich nun in die gesellschaftlichen Bergnügungen.

Dabei stehen die ganzen Veranstaltungen natürlich unter dem Zeichen der Mode. So wenig wie der Tappus der Ledermantel in die Winterlandschaften hinausgeführt ist, um die Natur zu genießen oder den vom Luxus verweichlichten Körper zu stärken, so wenig besucht sie jetzt die „Wohltätigkeitsfeste“ etwa um der Wohltätigkeit willen. Die ganzen Feste brauchen, wenn die Bourgeoisie wirklich wohltun wollte, garnicht veranstaltet zu werden; wenn die unendlichen Summen, die für Toiletten und den ganzen unwichtigen Luxus hinausgeworfen werden, gepart würden. Die Summen, die von diesen Wohltätigkeitsveranstaltungen als Ergebnis bleiben, sind nur ein geringer Teil des Geldes, das vorher vergeudet wird.

In Wahrheit: nichts als Maske, hinter deren glatter wohlankündiger Außenseite die verzerrte Frage des zügellosen Genusses grinst! Und dies in einer Zeit, da die Autos mit den zum Bass entleierten Damen an den Plätzen vorüberfahren, von denen es heißt: Kinder in Not!

Im „Berliner Tageblatt“ vom gestrigen Sonntag sind sehr interessante Inserate zu lesen:

Der Journalisten- und Schriftstellerverein veranstaltet einen Subskriptionsball in der Villa Harmonie. Eintrittspreise: Saalkarten 60,— Mark, Balkontarten 125,— Mark, Saallogenplatz 200,— Mark!

Für den Abstimmungsrummel werden zwei Gesellschaftsabende veranstaltet im Hotel Esplanade. Eintrittspreise: 500 Karten, jede 1000 Mark; die übrigen Karten je 500, 300, 200 Mark.

Masken-Redoute im Großen Schauspielhaus. Logen 300 Mark, Parkett 250 Mark usw.

Diese Blütenlese genügt wohl. Summen, von denen vielföpfige Arbeiterfamilien einen Monat lang leben müssen, mit denen Arbeitslose wochenlang hungern müssen, werden da für eine Person nur für den Eintritt an einem Abend ausgegeben!

Dieselbe Bourgeoisie, die derartig prahlt, wagt es aber noch, über die Arbeiterchaft zu moralisieren, wagt es, sich von jeder Steuer zu drücken, wagt es, die Arbeiterchaft bei jedem Kampfe um das nackte Leben zu beschimpfen.

Wer gibt am 20. Februar nicht die richtige Antwort?

Gegen die Verweltlichung der Schule

Am 29. Januar hielt die 19. und 20. Gemeindefschule in Neukölln einen sogenannten Elternabend ab. Der Referent, ein Rektor, wandte sich speziell gegen die drohende Verweltlichung der Schule, trat für Religion und Deutschum ein und machte stark in Antisemitismus, indem er betonte, daß jüdische Volkstredner Kindern Zettel in die Hand gedrückt hätten, um für die weltliche Schule zu wirken. Auch die 19. und 20. Gemeindefschule solle ab 1. April 1921 Anfängerklassen weltlichen Charakters erhalten.

Die Zusammenkunft der Versammlung zeigte sich sofort, als ein Redner für die Verweltlichung eintrat. Minutenlange Unterbrechung durch Jubeltrampeln und Zurufe: „Kommunisten raus!“ kennzeichnete die Duldsamkeit derer, die sich Christen nennen. Den Eindringern war es lediglich darum zu tun, den Strömungen der neuen Zeit einen Damm entgegenzusetzen, durch Gründung eines Elternbundes für die Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule. Eine Entschließung gegen die Verweltlichung der Schule wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Ebenso wurde für die Gründung des Elternbundes gestimmt, um Material für die Sitzungen des Elternbeirats zu sammeln, damit den Gegnern „erfolgreich“ gegenübergetreten werden könne. Die Mitteilung, daß Dr. Löwenthal in Neukölln angestellt werden solle, wurde unter lebhaftem Protest entgegengenommen.

Die Veranstalter freuten sich ihres Erfolges; doch die weltlich gesinnten Eltern werden ihnen genügend Wasser in den Wein gießen. Sie müssen unverzüglich für die Verweltlichung der Schule eintreten, dadurch, daß sie den Kindern eine entsprechende Erklärung an die Schule mitgeben. Beachtet diese Anfänge der Reaktion und wirkt ihr entgegen durch die Tat! Rüstigkeit ist von Uebel. Bauen wir das Kinderland auf dem wichtigsten Gebiete der Erziehung: der Schule.

Berliner Hochseefischerei

Der Magistrat Berlin hat die Bürgerschaft für ein Darlehen von 30 Millionen Mark der Gemeinnützigen Hochseefischerei-Gesellschaft Groß-Berlin G. m. b. H. in Gestaltmünde in Höhe von 75 Prozent übernommen, damit drei alte Fischdampfer zum Preise von je 400 000 M., fünf Neubauten von je rund 100 000 M., drei Islanddampfer von je 250 000 M. und vier weitere Neubauten von je 5.1 Millionen Mark übernommen, bzw. ausgeführt werden können.

Um billige, gute und frische Fische nach Berlin zu bringen, war es erforderlich, sich unabhängig zu machen. Die Gesellschaft mußte deshalb den Fischfang selbst im großen ausüben. Das Reich befriedigte die Ansprüche der Entente auf Fischdampfer aus den für die Gemeinden vorgegebenen Schiffen. Die Gemeinden mußten deshalb selbst für Dampfer sorgen und haben die Dampfer gechartert, die sie erhalten konnten. Die genannte Gesellschaft hat schon vier neue Dampfer bestellt. Im nächsten Monat werden zwei davon in Gestaltmünde vom Stapel laufen. Die beiden anderen stehen ebenfalls vor der Fertigstellung. An der Ausrüstung der Mittel will sich die Gestaltmünder Sparkasse beteiligen. Gestaltmünde übernimmt mit 26 Prozent und Berlin mit 75 Prozent die Bürgerschaft des erforderlichen Kapitals in Höhe von 34 Millionen Mark. Insgesamt handelt es sich um die Beschaffung von zwölf Dampfern mit Ausrüstung. Berlin wird also gemeinsam mit Gestaltmünde in Zukunft über eine kleine Flotte verfügen und hoffentlich damit Glück haben.

Die Auslegung der Wählerlisten ist gestern nachmittag, 5 Uhr, vorchriftsmäßig geschlossen worden. Soweit sich dies in den vielen Wahlbezirken übersehen läßt, war die Nachprüfung der Listen am letzten Tage der Auslegung keine sonderlich lebhaft. Die Zahl der eingeleiteten Proteste gegen die Richtigkeit der Listen, die am Sonnabend 4180 betrug, dürfte daher keine wesentliche Erhöhung erfahren haben. — Den gestrigen Sonntag besuchten die sozialistischen Parteien beider Richtungen in einer Flugblattverteilung in den Häusern, die schon am frühen Morgen einsetzte. Die Rechtsparteien hielten hiermit noch zurück.

Feuergefecht zwischen Polizei und Einbrechern. Eine fünföpfige Einbrecherbande stach im Stall des Amisvorstehers Stankewig in Hohenneudorf mehrere Schweine und zwei Ziegen ab und suchten mit der Beute auf Fahrrädern das Weite. Durch Polizeibeamte konnte einer der Räuber ergriffen werden. Im Chausseegraben fanden die Beamten drei Fahrräder und mehrere Säcke mit sechs Zentnern Schweinefleisch und zwei geschlachteten Ziegen. Zwei verwundete Einbrecher wurden im Stationsgebäude Stolz von einem Arzt verbunden und der Polizei übergeben.

Eine Schachwunderbande konnte von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht werden. Eine Frau Krüger, die während der Kriegszeit Schachgeschäfte gemacht, hatte sich bei einer hiesigen Bankfiliale ein Konto einrichten und ein Schachbuch ausgeben lassen. Mit diesen Schachs „begabte“ sie Waren aller Art, sowohl

